

# Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum

## ■ 1. Das Problem

Immer wieder werden Vorurteile und feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung nachgewiesen. Gleichzeitig existiert in zahlreichen Gemeinden und Städten, teilweise auch in einzelnen Wohngebieten, große Beunruhigung über Aktivitäten demokratiefeindlicher Parteien und Vereinigungen. Politische Aktivitäten solcher Gruppierungen, in z.T. neuen „unauffälligen“ Formen, können sich mit den Einstellungen in der Bevölkerung verbinden und in den Sozialräumen eine feindselige Normalität schaffen. Ist ein solcher Zustand feindseliger Normalität erreicht, dann entsteht das Problem, dass es nicht mehr reicht, dass sich jene, die sich für das Gemeinwesen bzw. das Wohnumfeld verantwortlich fühlen, die Initiative gegen derartige politische Aktivitäten ergreifen, sondern dann rückt die Frage nach dem Zustand des eigenen Gemeinwesens in den Mittelpunkt und damit letztlich die Frage: „Wie wollen wir in unserer Stadt, in unserer Gemeinde leben?“ Diese Frage ist deswegen zentral, weil feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung von Gemeinden, Städten und Stadtteilen auch als Legitimationsgrundlage für rechte Parteien, Vereinigungen etc. zur politischen Instrumentalisierung und weiteren Verbreitung 'Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit', der Diskriminierung bestimmter Gruppen und von Gewalt genutzt werden könnten.

Hier können rechtsextremistische Strömungen und Gruppen verschiedener Art anknüpfen und abwertende Einstellungs- und Verhaltensmuster verstärken; sie stellen damit unabhängig von Wahlerfolgen ein die Demokratie gefährdendes Potenzial dar. Es reicht also nicht aus, dass Rechtsextremismus nur über Demonstrationen und Verbote bekämpft wird, vielmehr ist für ein nachhaltiges Eintreten gegen Rechtsextremismus die Einbindung und Aktivierung der Bevölkerung notwendig. Denn gerade in ländlichen Regionen, in denen demokratische Akteure kaum oder nur geschwächt tätig sind, tritt insbesondere die NPD und ihre Anhängerschaft mit zum Teil gelungenen „Kümmerer“-Aktionen auf, die einerseits einen positiven Eindruck in der Bevölkerung hinterlassen und andererseits nicht selten die Nachlässigkeit und

Handlungsunfähigkeit der demokratischen Akteure verdeutlichen. In diesem Zusammenhang zeigen die Ergebnisse des Projekts zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum“ deutlich, dass sich die Mobilisierung von Bürger/-innen eines Ortes gegen Rechtsextremismus insbesondere dann schwierig gestaltet, wenn bereits positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten vorliegen, denn ganz allgemein engagieren sich Individuen kaum gegen etwas, das für sie mit positiven Assoziationen verknüpft ist.

Ziel des hier vorgestellten Projektes ist es, in Zusammenarbeit von Wissenschaft, Akteuren vor Ort und Politik lokales Engagement gegen solche Prozesse und Zustände zu aktivieren. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, genauere Kenntnis über die Entstehung und das Ausmaß menschenfeindlicher Einstellungen sowie der (defizitären) Engagementbereitschaft gegen rechtsextreme Aktivitäten im „eigenen“ lokalen Raum zu erlangen.

Konkret verfolgt das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalem Raum“ vor diesem Hintergrund zwei Ziele:

1. Das wissenschaftliche Ziel besteht in der Analyse der Bedeutung der Struktur von Gemeinden, Städten und Stadtvierteln für die Entstehung und das Ausmaß an 'Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit' bzw. bürgerschaftlichem Engagement.
2. Damit aufs Engste verbunden ist die zweite, interventionsnahe Zielsetzung auf die Unterstützung einer reflexiven Stadtgesellschaft, die über sich selbst nachdenkt im Hinblick auf die beschriebenen Problemlagen, um auf diesem Weg das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

## ■ 2. Warum Sozialraum?

Das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum“ widmet sich den interessierenden Phänomenen explizit in ihrem lokalen Zusammenhang, denn dieser bestimmt den Handlungsrahmen der meisten Menschen. Dabei gehen wir davon aus, dass bestimmte Merkmale des unmittelbaren Lebensraums einen nachweisbaren

Einfluss auf die individuellen Sichtweisen, Wahrnehmungen und Erfahrungen von Personen haben und so letztlich auch die Einstellungen gegenüber verschiedenen, insbesondere schwachen sozialen Gruppen maßgeblich mit beeinflussen. Wenngleich eine Reihe von Studien vorliegt, die sich mit der Relevanz des unmittelbaren Wohn- und Lebensraums für verschiedene soziale Phänomene beschäftigen, so ist dieser bislang weder im Zusammenhang mit 'Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit' noch mit Blick auf bürgerschaftliches Engagement eingehend untersucht worden. Ein solches Vorgehen ist jedoch aus verschiedenen Gründen notwendig: So zeigen Ergebnisse aus dem vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld durchgeführten Langzeitprojekt 'Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit', dass objektive Indikatoren, wie Abwanderungs- oder Arbeitslosenquote, als auch die individuelle Soziallage (zusammengesetzt aus Bildungsniveau, Einkommen und Berufsprestige), erklärungskräftig sind im Hinblick auf die Abwertung schwacher Gruppen. Dieser Zusammenhang wird allerdings über die individuellen Wahrnehmungen, Problemsichten und Situationsdefinitionen (Angst vor Arbeitslosigkeit, politische und gesellschaftliche Machtlosigkeit, Orientierungslosigkeit etc.) vermittelt, die ihrerseits durch die soziale Umwelt beeinflusst werden. Ausgehend von der Theorie Sozialer Desintegration (Anhut/Heitmeyer 2000, 2005) nehmen wir dabei an, dass sich insbesondere Desintegrationserfahrungen und -wahrnehmungen der Bewohner derart negativ auswirken, dass schwache Gruppen dann eher mittels Abwertung, Diskriminierung oder Gewalt zur Aufwertung der eigenen Position herangezogen werden.

Die in diesem Sinne angestrebten Analysen in Gemeinden und Städten sind insbesondere deswegen notwendig, weil sie gegen das allseits bekannte Abwehrargument – die vielen Probleme sind bekannt, vor Ort aber nicht relevant – gerichtet sind. So werden verallgemeinerungsfähige Aussagen über die Gesellschaft für den eigenen Sozialraum oftmals bestritten: „Bei uns ist alles anders.“ Verantwortliches Handeln ge-

winnt aber an Gewicht, wenn es auf einer überprüften (und überprüfbaren) Situationsbeschreibung für den eigenen Ort basiert. Dabei gibt es keinen objektiven Maßstab über die Problemlage im einzelnen Sozialraum, sondern die Einschätzung ist Teil der öffentlichen Debatte und hängt damit auch vom Sensibilisierungsgrad der einzelnen Menschen und Gruppen in einer Gemeinde oder Stadt ab.

Zentral ist dabei die Frage, wie die Ergebnisse praktisch-reflexiv auf die „Tagesordnung“ in den öffentlichen Debatten von Gemeinden und Städten, also in Schulen, Vereinen, Stadtrat etc. gehoben werden können, bestehen doch hinsichtlich der hier thematisierten Problemzusammenhänge oftmals Ignoranz, Verdrängung oder Verlagerung. In diesem Zusammenhang interessieren insbesondere die folgenden Aspekte:

- Wie können präventiv die subjektiven Empfindungen, Ängste etc. im jeweiligen Sozialraum zum öffentlichen Thema gemacht werden, so dass nicht erst im Nachhinein, also nach Konflikten oder gar Gewalt interveniert wird – und dann in erster Linie ordnungspolitisch durch Polizei und Justiz?
- Wie initiiert man eine öffentliche Diskussion um die Qualität des lokalen Zusammenlebens, also eine über sich selbst „nachdenkende“ (Stadt-) Gesellschaft bzw. ein „nachdenkendes“ Wohnquartier, um die Stärkung eines bürgerschaftlichen Engagements herbeizuführen, das über die gewohnten kommunalpolitisch eingeeengten Pfade hinausreicht, andere örtliche Eliten erreicht und bewegende Themen sichtbar und diskutierbar macht und so auch gegen eine vielerorts beliebte Imagepolitik vorgeht, die latente Probleme verdeckt bzw. versucht diese zu ignorieren?
- Wie erreicht man „produktive Unruhe“, um der Abwertung schwacher Gruppen entgegenzuarbeiten und stattdessen auf eine Kultur der Anerkennung in der Nachbarschaft, im Wohnviertel und in der Stadtgesellschaft hinzuwirken?

### ■ 3. Mentalitäten erfassen – Engagement der Bürger stärken

Dem Projekt liegt die Erwartung zugrunde: Je genauer Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen (gemessen am Ausmaß der 'Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit' bzw. am Grad der Engagementbereitschaft vor Ort) im eigenen identifikationsrelevanten Umfeld (von Nachbarschaft, Wohnquartier, Gemeinde

usw.) vorliegen, desto mehr Möglichkeiten für die Aktivierung und Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement sind gegeben. Eng hieran anschließend ist zentral, dass lokale Räume über je spezifische Charakteristika verfügen und sich daher sowohl im Hinblick auf das Ausmaß demokratiegefährdender Einstellungen als auch hinsichtlich der Beschaffenheit bürgerschaftlichen Engagements deutlich voneinander unterscheiden dürfen. Das hier vorgestellte Projekt widmet sich daher konsequenterweise der wissenschaftlichen Analyse der Bedeutung des kommunalen Kontextes (z.B. Arbeitslosenquote, Infrastruktur, Vereinsstruktur etc.) für die Entstehung und das Ausmaß an 'Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit', um hiervon ausgehend systematisch und unter Berücksichtigung der je lokalspezifischen Bedingungen bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Weil hierbei insbesondere die existierenden Formen politischer Partizipation eine nicht unwesentliche Rolle spielen, werden auch diese hinsichtlich ihres Einflusses auf die Mentalitäten und Engagementpotenziale der ansässigen Bevölkerung in der Untersuchung berücksichtigt. Daraus ergibt sich der Zuschnitt des Projekts mit der gezielten Fokussierung auf die unterschiedlichen Bedingungen im lokalen Raum hinsichtlich:

- der Situation der Menschen;
- der Einstellungsmuster zur 'Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit' als Legitimationsfundus für rechtsextreme Aktivitäten;
- des Verhältnisses zum demokratischen System und zur politischen Kultur vor Ort;
- des Potenzials für Engagement gegen Rechtsextremismus im eigenen Sozialraum.

Die Stimmungen und Einstellungen der Bevölkerung werden in repräsentativen Telefonbefragungen erfasst und mittels statistischer Auswertungsverfahren in Lokalprofile überführt, die eine umfassende Beschreibung des lokalen Zusammenlebens aus der Sicht der Zivilbevölkerung zulassen.

An die Erhebungs- und Auswertungsphase knüpft die zweite, zentrale Phase des Projekts an: Die Übersetzung und Vermittlung der Ergebnisse in die ausgewählten Sozialräume. Dies geschieht mit dem ausdrücklichen Ziel, eine „nachdenkende“ Stadtgesellschaft zu initiieren bzw. zu unterstützen, wobei die Kooperationspartner vor Ort die sehr wichtige Rolle innehaben, sich in dieser Phase aktiv einzubringen und gemeinsam

Ideen zu erarbeiten, wie die analysierten Ergebnisse vor Ort debattiert werden können. Denn die Akteure vor Ort sind die Experten für ihren Sozialraum.

Das Projekt will dazu beitragen, die Kooperation von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Gesellschaft neu zu justieren. Im Rahmen der genannten Vermittlungsarbeit soll dies gelingen, indem die wissenschaftlichen Ergebnisse in die Sprache der jeweiligen Institutionen vor Ort übersetzt werden, um so praxisrelevante Handlungs- und Interventionsstrategien herauszuarbeiten; dabei sind die je spezifischen Gegebenheiten und Interessenlagen in einem Sozialraum maßgeblich. Zu denken ist etwa an die öffentliche Präsentation der Ergebnisse für die örtliche Bevölkerung oder an die Entwicklung von Materialien, die auf je spezifische lokale Gruppen (für Schüler, Hausfrauen, Senioren, lokale Eliten, Medien etc.) zugeschnitten sind (zu denken ist hier aber bspw. auch an Aufklärungsmaterial, das im Rahmen der praktischen Polizeiarbeit eingesetzt werden kann). All diese Aktivitäten sind explizit mit dem Ziel verbunden, die lokalen Kommunikationsprozesse zu intensivieren und so die aktive Auseinandersetzung mit den Problemen vor Ort gezielt zu befördern. Vor diesem Hintergrund ist eine enge Zusammenarbeit der lokalen Akteure/Akteursgruppen notwendig. Zur Herstellung von Öffentlichkeit ist es zudem sinnvoll, weitere Kooperationspartner wie beispielsweise die regionalen und lokalen Medien einzubinden.

### ■ 4. Erste Ergebnisse aus dem Modellprojekt

Erste Ergebnisse aus den bislang in sechs ostdeutschen Sozialräumen abgeschlossenen Bevölkerungsbefragungen unterstützen eine der zentralen Annahmen des Projektes und zeigen, dass die lokalen Räume sich hinsichtlich der interessierenden Dimensionen deutlich voneinander unterscheiden (Lokalprofile). Dabei erweisen sich die lokalspezifischen Informationen aus den quantitativen Analysen mittels Befragungen usw. als unmittelbar praxisrelevant, denn die möglichst genaue Abbildung der Qualität des Zusammenlebens vor Ort, hier gemessen an dem Ausmaß feindseliger Einstellungen und Verhaltensmuster bzw. des (Potenzials) aktiven Engagements in einem Sozialraum, erweitert im besten Falle die Möglichkeiten für die gezielte und langfristige Stärkung des demokratischen, politischen und sozialen Klimas vor Ort und damit der Verbesserung des Zusammenlebens.

Darüber hinaus lassen sich bereits jetzt Interventionsfelder identifizieren, die für die Erklärung der Ursachen und des Ausmaßes von 'Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit' sowie der Bereitschaft, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, relevant sind:

**1.** Gerechtigkeitsfragen spielen in dem untersuchten Wirkungsgefüge immer wieder eine Rolle. 43,1% der Befragten in dem Ort mit der geringsten Ausprägung und 63,1% der Befragten in dem Ort mit der höchsten Ausprägung sind der Meinung, dass sie im Vergleich zu anderen in Deutschland lebenden Personen weniger als ihren gerechten Anteil erhalten. Im Hinblick auf ihre persönliche wirtschaftliche Situation beurteilen je nach Ort zwischen 30% und 49% diese als eher oder sehr schlecht. Auch individuelle Angstpotenziale zeigen sich teils massiv, etwa im Hinblick auf Hartz IV. Je nach Sozialraum meinen zwischen 44,1% und 49,2%, seit der Einführung von Hartz IV etwas oder sogar viel stärker von persönlichen Abstiegsängsten betroffen zu sein. Diese Teilergebnisse zeigen, dass Fragen der ökonomischen Integration von Individuen in der öffentlichen Debatte um die Beschaffenheit der Gesellschaft nicht ausgeklammert werden dürfen und gezielt Möglichkeiten für Einzelpersonen geschaffen werden müssen, die einen konstruktiven individuellen Umgang mit ökonomischen Ängsten befördern.

**2.** Soziale Anerkennung wird offenbar ausreichend zur Verfügung gestellt: Der Anteil von Personen in den Sozialräumen, die bspw. angeben, andere Personen würden sie als überfordert mit den täglichen Pflichten einschätzen, liegt nur zwischen 14,7% und 17%. Gefühle mangelnder sozialer Unterstützung sind hingegen weit aus stärker verbreitet, auch treten die Unterschiede zwischen den Orten stärker hervor. So wünschen sich je nach Sozialraum etwa zwischen 52,4% und 65,9% der Befragten in ihrem unmittelbaren Umfeld mehr Menschen, die zu ihnen halten. Diese ausgesprochen defizitäre Wahrnehmung von Unterstützungsleistungen des nahen Umfeldes ist ein wichtiger Faktor, der auf ein belastetes soziales Klima im Sozialraum hinweist und daher in den lokalspezifischen Interventionsplanungen zu berücksichtigen ist.

**3.** Es zeigen sich deutliche Hinweise für eine wahrgenommene Angst vor Bedrohung und Überfremdung durch Ausländer. So sind bspw. je nach Ort zwischen 36,4% und 45,4% der Befragten der Meinung, die eigene Gegend müsse vor Überfremdung geschützt werden. Hieraus

folgt, dass Überfremdungsängste thematisiert werden müssen und zwar so, dass die Mechanismen des Entstehens aufgedeckt werden, denn faktisch liegt in den Orten des Projektes keine Überfremdung vor.

**4.** Der Rechtsextremismus ist in allen untersuchten Orten deutlich präsent, wenngleich sich auch hier signifikante Unterschiede zwischen den Orten zeigen: Der Anteil an Befragten, die Rechtsextremismus in ihrem Ort wahrnehmen, liegt zwischen 40,8% und 77,8%. Weiterhin verfügen zwischen 23,8% und 45,8% über persönliche Kontakterfahrungen mit Rechtsextremisten. Es gibt darüber hinaus deutliche Hinweise auf eine Normalisierung der NPD in der Wahrnehmung der Bevölkerung. So liegt der Anteil derjenigen Personen, die die NPD für eine Partei wie jede andere auch halten, in den Sozialräumen zwischen 15,5% und 34,6%. Insbesondere dem Normalisierungsprozess der NPD ist dabei große Aufmerksamkeit zu widmen, da die eingangs genannte Strategie des Kümmerns vor Ort die eigentlichen politischen Konzepte der Rechtsextremen in den Hintergrund treten lassen. Hier müssen die anderen lokalpolitischen Vertreter dringend ihre Alltagspräsenz erhöhen und die bisherigen Strategien im Umgang mit der NPD überdenken.

**5.** Die allgemeine Engagementbereitschaft unterscheidet sich ebenfalls von Ort zu Ort und liegt zwischen 52,1% und 68,5%. Mit Blick auf die Engagementbereitschaft in speziell lokalen Zusammenhängen zeigt sich ebenfalls eine große Spannweite: Je nach Sozialraum erachten es zwischen 58,5% und 75,8% der Befragten für sinnvoll, sich vor Ort aktiv einzubringen. Ähnlich viele Befragte (je Sozialraum zwischen 56,9% und 67,1%) würden sich zudem ausdrücklich gegen Rechtsextremismus engagieren, wobei sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Untersuchungsräumen identifizieren lassen. Diese Teilergebnisse zeigen, dass in den Sozialräumen ein erhebliches Engagementpotenzial vorhanden ist, das für den aktiven Widerstand gegen Rechtsextremismus und für ein demokratisches Zusammenleben ausgeschöpft werden kann. Die Herausforderung besteht dabei vor allen Dingen darin, dieses Potenzial stärker zu aktivieren, als dies bisher der Fall ist. In diesem Zusammenhang sind nicht nur gezielt Gelegenheiten für politische Selbstwirksamkeitserfahrungen zu schaffen, v.a. müssen einflussreiche Personen öffentlich Stellung gegen Rechts beziehen.

## ■ 5. Der interventionsnahe Ansatz

Der Ansatz des Projektes mit explizitem Fokus auf die wissenschaftlich gestützte Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen Demokratie gefährdende Strömungen erzielt nur dort eine positive Wirkung, wo es gelingt, Aktivitäten aus der Dorf- oder Stadtgesellschaft heraus zu entwickeln, d.h. unter einer möglichst breiten Beteiligung der örtlichen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang sehen wir die Bewohnerbefragung als das ‚Herzstück‘ des Modellprojekts. Herzstück deshalb, weil die so gewonnenen Daten, die Basis für die angestrebte Erarbeitung lokaler Handlungsstrategien bilden.

Der Erfolg des Projektes ist aber vor allem von der Kooperation der verschiedenen Akteure in den Sozialräumen abhängig, denn sie sind aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen die Experten für das soziale Klima und die politische Kultur vor Ort.

Dabei sei nochmals betont, dass für die Übersetzung der Ergebnisse und ihre Rückspiegelung in die Bevölkerung bevorzugt bereits lokal vorhandene Strukturen genutzt werden sollten. Idealerweise sollte die Zusammenarbeit mit den Ansprechpartnern vor Ort dabei als Partnerschaft charakterisiert werden können: Eine gute Praxis kann von der Wissenschaft profitieren und die Wissenschaft braucht die Praxis zur Fortentwicklung des Kenntnisstandes.

Insgesamt kann das Konzept, lokalen Akteuren gesicherte und unabhängige Informationen über den Zustand ihres Gemeinwesens bereitstellen und ausgehend von den ersten Erfahrungen als durchaus aktivierend angesehen werden. Deutlich wird aber auch, dass eine klare Stärkung der Akteure im lokalen Raum anzustreben ist, wobei diese Stärkung über eine generalisierte Unterstützung hinausgehen sollte. Bloße lokale Aktionspläne etwa sind eher skeptisch zu betrachten, da oft kein „Konstruktionsprinzip“ erkennbar ist, sondern vielmehr eine Addition vorherrschender Partialinteressen und ein „Weiter so“ vorzufinden sind. Eine derartige „Schrotschusslogik“, d. h. „irgendwas wird schon treffen“, wurde mit dem sozialräumlichen Ansatz des Projektes von vornherein zu vermeiden versucht. Er ist damit geeignet, auch abwehrende Aktivitäten, z.B. durch die lokale Politik, zu überwinden, also konkret zur Veränderung der vorherrschenden politischen Kultur beizutragen.

### Literatur

Anhut, Reimund u. Wilhelm Heitmeyer (Hg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München: Juventa Verlag.  
Anhut, Reimund u. Wilhelm Heitmeyer (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse. In: Heitmeyer, Wilhelm und Peter Imbusch (Hg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. S. 75-100. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

### Kontakt

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer  
Institut für interdisziplinäre Konflikt- u. Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld  
kg@uni-bielefeld.de